

Zeitschrift: Rote Revue - Profil : Monatszeitschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 66 (1987)
Heft: 11

Artikel: Welche Zukunft hat die moderne Sozialdemokratie? : Sieben Herausforderungen für Sozialdemokraten
Autor: Huber, Joseph
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-340520>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 26.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

seinen zahlreichen Kontakten mit führenden Persönlichkeiten aus der Dritten Welt, mit den politischen Führern in Ost und West. Auf dieser Grundlage wurde die Lösung zahlreicher individueller Einzelschicksale möglich. Nicht zuletzt seinem Einfluss ist es zu verdanken, dass die Rücschaffung von Tamiilen im aktuellen Zeitpunkt nicht vollzogen wurde. Konkrete Konsequenz dieser erwähnten Überzeugung war aber

auch die entscheidende Mithilfe zur Blockierung der immensen – auf zumindest ungeklärten Wegen in die Schweiz gelangten – Marcos-Gelder. Deren Arretierung ermöglicht die juristisch einwandfreie Abklärung der Umstände.

Diese wenigen Beispiele mögen zeigen, was sich Pierre Aubert und mit ihm die SPS unter einer offenen und modernen Aussenpolitik vorstellen. Sein/e Nachfolger/in tut sicher gut daran,

auf diesem langfristig erfolgreichen Weg weiterzufahren. Unsere Partei und Fraktion werden ihn/sie dabei unterstützen.

Die Zukunft wird zeigen, dass Pierre Auberts und damit auch unsere aussenpolitischen Vorstellungen die oftmals kleinlichen Spiegelfechtereien überleben werden. Wir wünschen Pierre Aubert und seiner Frau Anne-Lise von Herzen alles Gute und bedanken uns für den – von beiden – geleisteten Einsatz.

Welche Zukunft hat die moderne Sozialdemokratie?

Sieben Herausforderungen für Sozialdemokraten

Von Joseph Huber

Die europäische Sozialdemokratie hat mit der Industrialisierung ihr klassisches Profil entwickelt. Zuerst war sie die klassische Arbeiterpartei, dann die Arbeitnehmerpartei, ja Volkspartei im Dienste des sozialen Fortschritts. Dieses klassische Erscheinungsbild der modernen Sozialdemokratie gilt heute immer weniger, weil die Epoche, in der es entstand, zu Ende geht. Der Publizist Joseph Huber, Dozent an der Freien Universität Berlin, hat am Zukunftskongress der Österreichischen Sozialisten eine Rede gehalten, in der er sich mit den Zukunftschancen der Sozialdemokratie auseinandersetzt. Joseph Huber zählt insgesamt sieben Herausforderungen, denen sich die modernen Sozialisten stellen müssen, ohne ihre Grundideen und Grundsätze dabei aufzugeben.

Modernisierung heisst, dass die Sozialdemokratie den technischen Fortschritt, die Entfaltung von Markt und Staat, den Aufbau von grossen Wirtschafts- und Verwaltungsinstitutionen grundsätzlich bejahte. Sie wurde dadurch zum Gegenspieler des Konservatismus. Wo sich jedoch bei diesem industriellen Systemaufbau mit dem Konflikt zwischen Kapital und Arbeit die soziale Frage stellte, wurde die Sozialdemokratie auch zum Gegenspieler des Liberalismus.

Der Fortschritt sollte nicht nur wenigen Besitzenden, sondern allen zugute kommen: Das setzte voraus, Klassenherrschaft zu überwinden und der ganzen Bevölkerung ein politisches Votum zu geben. So konstituierte sich, indem sie die Lösung der sozialen Fragen untrennbar mit der Demokratisierung verband, die Sozialdemokratie. Die rechtlosen und ausgebeuteten Proletarier sollten sich zu gleichberechtigten Staatsbürgern und gleichgestellten Wirtschaftsbürgern erheben bzw. emanzipieren.

Die Epoche, in der dieses klassische Bild der Sozialdemokratie entstand und Geltung besass, hat heute ihr Ende erreicht. Die vor rund 150 Jahren begonnene Industrialisierung ist in einem ersten historischen Durchgang beendet, das soll heissen, sie hat nunmehr alle Bereiche der Gesellschaft erfasst. Traditionsbestände, die noch zu modernisieren wären, gibt es allenfalls noch als Restbestände (z.B. in Form patriarchalischer Familienverhältnisse). Damit hat eine neue Epoche begonnen. Da die Identität der Sozialdemokratie aufs engste mit der bisherigen Industrialisierung zusammenhängt, muss dieser Umbruch für die Sozialdemokratie weitreichende Konsequenzen haben.

Früher hiess Modernisieren traditionelle Strukturen durch industrielle zu ersetzen – durch bäuerlich-ländliches Leben, durch Verstädterung. Künftig heisst Modernisieren schon vorhandene industrielle Strukturen durch noch neuere zu ersetzen,

etwas Modernes durch etwas noch Moderneres – nicht mehr das Land durch die Stadt, sondern die Stadt durch Stadtlandschaft (urbane Agglomeration); nicht mehr den Postkutschen durch Eisenbahn- und Autoverkehr, sondern den handgelenkten Strassenverkehr durch einen elektronisch gesteuerten Strassenverkehr. Modernisiert wird nicht mehr die traditionelle Gesellschaft (die es nicht mehr gibt), sondern die industrielle Gesellschaft selbst. Die traditionsbezogene Modernisierung wird damit zur selbstbezüglichen Modernisierung: zur Selbstmodernisierung der Moderne.¹ Der bisherige Systemaufbau (im Kontext traditioneller Strukturen) geht über einen fortwährenden selbstbezüglichen Umbau (im Kontext moderner Strukturen). Ein untrügliches Indiz für das Ende der traditionellen Industrialisierung ist übrigens die Tatsache, dass man allerorten begonnen hat, «Museen der Arbeit» oder «Museen der Industriekultur» einzurichten.

Die Situation könnte zu dem Schluss verleiten, der sozialdemokratische Mohr habe seine historische Schuldigkeit getan und könne nun von der Weltbühne abgehen.² Dieser Schluss wäre ein Kurzschluss. Gerade in der Epoche der Selbstmodernisierung der Moderne stellen sich der Sozialdemokratie Aufgaben, durch deren Bewältigung sie nicht nur eine grosse Vergangenheit hinter sich, sondern auch eine grosse Zukunft noch vor sich haben kann – was freilich ein Umdenken voraussetzt. Denn zweifellos gerät die Sozialdemokratie mit dem Übergang vom Aufbau zum Umbau des Systems in eine Reihe vertrackter Zwickmühlen. Die Gefahr, sich in diesen Zwickmühlen aufzureiben, ist von vornherein nicht geringer als die Chance, die Herausforderungen des Sy-

stemumbaus erfolgreich zu meistern.

Herausforderung 1:

Neues Fortschrittsverständnis

Eine erste Herausforderung besteht darin, dass neu geklärt werden muss, was fortschrittlich und was konservativ ist. So kann es fortschrittlich sein, sich bewusster als früher auf Grundwerte der humanistischen Kultur zu beziehen. Dagegen drückt sich in einem unveränderten Festhalten an bisherigen Formen der Industrialisierung nicht mehr Fortschrittlichkeit aus, sondern ein Konservatismus neuer Art: Industrietraditionalismus. Dieser Industrietraditionalismus ist nicht zu unterscheiden vom Neokonservatismus eines Franz Josef Strauss, der mit gutem Grund sagen kann: «Konservativ sein bedeutet, an der Spitze des Fortschritts zu marschieren.»³ Dies ist die Konservatismusfalle, in der eine nicht umdenkende Sozialdemokratie sich zwangsläufig verfangen würde.

Wer dagegen vom Fortschrittsapostel zum -skeptiker wird, gelangt deshalb nicht schon zu einem anderen Fortschrittskonzept, aber durchaus in Gefahr, mit dem notwendigen industrialisierungskritischen Bad gleich die ganze moderne Gesellschaft auszuschütten.⁴ Man fällt damit, meistens ohne sich dessen anfänglich bewusst zu sein, in einen ursprünglichen Altkonservatismus zurück, wie er in Österreich etwa durch die katholische Romantik verkörpert wurde. Unter Berufung auf mythisch überhöhte Begriffe wie «Leben», «Gemeinschaft» oder «Natur» werden dann Errungenschaften der Technik und mühsame Terraingewinne beim Aufbau demokratischer und sozialstaatlicher Institutionen leichtfertig preisgegeben. Dies ist die Romantizismusfalle, in die zu tapen eine umdenkende Sozialdemokratie vermeiden muss.

Herausforderung 2:

Soziale Frage und ökologische Frage

Grünen Romantizismus vermeiden heisst indes keinesfalls, sich der ökologischen Frage gegenüber ignorant zu verhalten. Mit dem Systemaufbau so wie bisher weiterzumachen ist faktisch unhaltbar geworden. Mit der diesmal weltweiten Bevölkerungsexplosion, mit der Atombombe und der Atomenergie und mit der Erkenntnis, dass man bei einer industrietraditionalistischen Gangart an Grenzen des Wachstums stösst und nicht mehr kontrollierbare Risiken schafft, steht die ökologische Frage von nun an auf der Tagesordnung. Der Übergang von der traditionellen Industrialisierung zum selbstmodernisierenden Systemumbau ist nicht etwa eine idealistische Kopfgeburt, sondern ein beinhardter Sachzwang. Was die soziale Frage für die Epoche der traditionellen Modernisierung gewesen ist, ist die ökologische Frage für die Epoche des selbstmodernisierenden Umbaus.

Die soziale Frage ist deshalb nicht erledigt. Im Weltmassstab, in Form der Verelendung in der Dritten Welt, stellt sie sich überhaupt zum ersten Mal. Und auch in den Sozialstaaten Europas hat sich im Zuge der grossen Weltwirtschafts-Stagnation der siebziger und achtziger Jahre eine neue Dauerarbeitslosigkeit und eine neue Armut herausgebildet. Darüber hinaus stellen sich eine Reihe neuer sozialer Fragen.

Ihre Kompetenz in punkto soziale Fragen kann die Sozialdemokratie niemals aufgeben, ohne sich selbst aufzugeben. Aber die ökologische Frage nicht kompetent zu beantworten, kann sie sich ebenso wenig leisten. Würde die Sozialdemokratie lediglich beanspruchen, eine soziale, nicht aber auch eine ökologische Partei zu sein, würde sie aufhören, für den Systemfortschritt zu stehen. In den entscheidenden

den Auseinandersetzungen würde sie sich von Grünen einerseits und Neoliberalen/Neokonservativen andererseits das Heft aus der Hand nehmen lassen. Die Neoliberalen/Neokonservativen könnten den Systemfortschritt für sich monopolisieren. Hätte die Sozialdemokratie aber erst einmal aufgehört, Partei der Modernisierung zu sein, wäre sie auch als Partei des sozialen Fortschritts bald nicht mehr glaubwürdig.

Aus dem hoffnungslosen Dilemma, industrietraditionalistisch weitermachen oder neuromantizistisch aus dem Industriesystem aussteigen zu wollen, gibt es für die Sozialdemokratie nur einen erfolgversprechenden Ausweg: den Weg einer ökologischen Modernisierung des Industriesystems. Genau das entspricht dem Prinzip der Selbstmodernisierung der Moderne. Ökologische Modernisierung erfordert hochstehende Wissenschaft und Technik. Computer- und Kommunikationstechnologie, elektronische Mess- und Regeltechnik, neueste Werkstoffe, Biotechnologie, biotechnologische Landwirtschaft, intelligentere und verantwortliche Energietechnik, kurz, fast alles, was der hochtechnologische Fortschritt zu bieten hat, lässt sich in den Dienst des Projekts einer ökologischen Modernisierung stellen. Ob Technik missbraucht wird, um immer tödlichere Vernichtungswaffen zu bauen, oder ob sie benutzt wird, um sauren Regen wieder in sauberen Regen zu verwandeln, also um die Umwelt- und Lebensqualität zu verbessern, ist im wesentlichen eine Frage der politischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen. Die moderne Geld- und Verwaltungswirtschaft ermöglicht der Politik eine Fülle von Massnahmen, um die Entwicklung selektiv in Richtung einer ökologischen Modernisierung zu steuern.

Der Gedanke liegt nahe, ausgehend von den Errungenschaften der sozialen Marktwirtschaft zu einer auch ökologischen Marktwirtschaft fortzuschreiten, das heisst, den sozialen Ordnungsrahmen der Wirtschaft um einen ökologischen Ordnungsrahmen zu erweitern. Die Institutionen der Sozialpartnerschaft würden weitere historische Verdienste erringen, indem sie danach trachten, sich auch zu Institutionen einer Umweltpartnerschaft fortzuentwickeln.

Lebensqualität und Umweltqualität werden sich künftig nicht mehr voneinander trennen lassen. Das heisst nichts anderes, als dass die soziale Frage und die ökologische Frage miteinander zusammenhängen und dass sie im Zusammenhang gestellt und beantwortet werden müssen. Die Sozialdemokratie kommt deshalb nicht umhin, ihren sozialen Ansatz zu einem sozialökologischen beziehungsweise ökosozialen Ansatz zu erweitern.

Dies ist gewiss schwierig und konfliktvoll, weil die soziale Frage und die ökologische Frage zwar miteinander zusammenhängen, aber nicht restlos ineinander aufgehen. Aktuelle Konflikte zwischen Ökonomie und Ökologie, oder die Konkurrenz zwischen Umwelt- und Sozialpolitik, lassen sich mit dem richtigen Hinweis auf gemeinsame Nenner und künftige Synthesen hier und heute nicht wegdefinieren.

Trotzdem muss die Verbindung durch das Projekt einer ökologischen Modernisierung unverzüglich begonnen werden. Denn zu meinen, man könne die ökologische Frage zugunsten der sozialen vernachlässigen oder umgekehrt, ist ein Irrtum in der Sache und wäre eine politische Abseitsfalle ersten Ranges. Der Anspruch, eine Partei des Systemfortschritts zu sein – des Systemfortschritts durch ökologische Modernisierung auf der Grund-

lage hochstehender Wissenschaft und Technik –, ist für die Sozialdemokratie existentiell. Modern zu sein ist heutzutage nicht sonderlich in Mode. Das hat seine guten Gründe. Allzu lange und allzu starr wurde am traditionellen Modernisierungsmuster festgehalten, bis zu dem Punkt, dass man mit der Atomenergie etwas als «modern» durchboxen wollte, das seine Zukunft weitgehend schon hinter sich hatte, insofern es aus einer bereits abgelaufenen Zeit stammt, die einmal als Atomzeitalter angekündigt war, dann aber als Ölzeitalter in die Geschichte eingegangen ist.

Das traditionelle, nicht mehr haltbare Modernisierungsmuster führte ab 1973/74, spätestens ab 1979/80 in die grosse Weltwirtschafts-Stagnation. Der Zeitgeist dieser grossen Stagnation ist, wenn schon nicht kulturpessimistisch, so doch wahlweise nostalgisch regressiv, skeptisch resigniert oder zynisch abgeklärt. Die Sozialdemokratie hat schon manchen Zeitgeist überstanden, auch in den eigenen Reihen. Ihr Ansehen, eine moderne Partei zu sein, darf sie weder von sich aus aufgeben noch sich von anderen Parteien streitig machen lassen. Der Zeitgeist wird sich, womöglich schon sehr bald, wieder umkehren. Dann wird entscheidend sein, ob die Sozialdemokratie eine Partei des Industrietraditionalismus geworden ist, die an der Zukunft herumnörgelt, oder ob sie wieder und weiterhin als Partei der Modernisierung dasteht, die den Wind der Zukunft in ihren Segeln hat.

Herausforderung 3: Arbeit und Kapital, Mensch und System

Eine weitere Frage, die an die bisherige Existenz der Sozialdemokratie rührt, betrifft das Verhältnis von Kapital und Arbeit. Das Selbstverständnis der Sozialdemokratie als «Partei der

Arbeit» ist immer antikapitalistisch gewesen. Zwar hat sich dieser Antikapitalismus im Lauf der Jahrzehnte erheblich relativiert, aber selbst bei der paritätischen Sozialpartnerschaft stehen sich Arbeit und Kapital immer noch abgrenzend gegenüber. Diese Konfrontation entspricht einem historisch tatsächlichen Missverhältnis. Aber gerade die Erfolge der Arbeiterbewegung haben dieses ehemalige Missverhältnis im Verlaufe des Systemaufbaus so sehr verändert, dass nun die Doktrin von damals zu den Realitäten von heute in einem Missverhältnis steht.

Indem die Arbeiterbewegung vielerlei Rechte und Freiheiten erstritt, sind die ehemals rechtlosen Proletarier zu sozial abgesicherten Arbeitnehmern aufgestiegen. Arbeitnehmer stellen 90 Prozent der Erwerbstätigen. Sie und ihre Angehörigen haben längst keine Ketten mehr zu verlieren, dafür einen oft durchaus ansehnlichen Berufs- und Wohlstand, überhaupt den sogenannten sozialen Besitzstand. Die heutige Gesellschaft im Umbau ist fast nahezu eine Arbeitnehmergeellschaft. Ihre Ökonomie ist eine der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer.

Manche Sozialdemokraten und Gewerkschafter tun immer noch so, als sei Wohl und Wehe der Ökonomie alleinige Sache der Arbeitgeber, ganz ähnlich wie heute viele Grüne glauben, sie hätten mit dem Industriesystem nichts zu tun. Aber man kann nicht ein gleichberechtigter Staatsbürger und Wähler, ein arbeits- und sozialrechtlich geschützter und tarifvertraglich mitprofitierender Erwerbstätiger sein, in immer mehr Fragen mitbestimmen, Arbeitsplatz- und Einkommensgarantien beanspruchen, Arbeitsplatzsubventionen beziehen usw. und meinen, man habe mit alldem nichts zu tun.

Einen ideellen Gesamtkapitali-

sten gibt es zwar nicht, dafür aber ein ausgeprägtes national ökonomisches Gesamtinteresse. Besonders aus weltwirtschaftlicher Sicht wird deutlich, dass national alle im selben Boot sitzen. Die Nation bildet deshalb keine formierte Volksgemeinschaft. Im Gegenteil. Jede Gruppe hat ihre höchst eigenen, sehr differenzierten Sonderinteressen, und je nach Interessenlage handeln alle mit allen gegen alle anderen. Bei diesem allseitigen Kuhhandel im Rahmen des marktwirtschaftlichen-sozialstaatlichen Ordnungsgefüges ist jeder Staatsbürger Mitprofiteur der nationalen Wohlstandsdividende – ob jung oder alt, Mann oder Frau, erwerbstätig oder nicht. Das heisst nicht, gleichermassen mitprofitierend, aber eben doch mitprofitierend, genauso wie in schlechten Jahren mitverlierend, wobei auch die Verluste ungleich getragen werden. Gleichwohl, die Tatsache, dass der Wetterbericht und der Konjunkturbericht heutzutage einen ebenbürtigen Nachrichtenwert besitzen, kommt daher, dass man wissen will, wie es um die nationale Gewinn- und Verlust-Rechnung und die zu erwartende Wohlstandsdividende steht.

Man partizipiert ausserdem nicht nur als Erwerbstätiger, sondern auch als Nichterwerbstätiger beziehungsweise Konsument. Diese Ökonomie ist nicht mehr bloss Produzentenökonomie, sondern ebenso sehr Konsumentenökonomie. Das zu erkennen, und anzuerkennen, ist grundlegend gerade im Hinblick auf die ökologische Frage. Die Umweltprobleme sind ebenso sehr kosumbedingt, wie sie produktionsbedingt sind. Die Luftverschmutzung etwa kommt aus dem eigenen Schornstein so sehr wie aus den Fabrik- und Kraftwerkschloten, aus dem Privatauto so sehr wie aus dem Geschäftsauto; und Wasser wird im Privathaushalt nicht weniger

verbraucht und verschmutzt als in der chemischen oder Zellstoffindustrie.

Es gibt sicherlich Anbieter mit einer monopolartigen Marktmacht. Dennoch sind, neben Unternehmen und Staat, die privaten Haushalte mit ihrer Masssenkaufkraft zu einer entscheidenden Grösse geworden. Industrialismus findet nicht nur in Fabriken und Büros statt, sondern genauso im privaten Haushalt. Auch die Arbeitnehmerexistenz, die private Haushaltsführung und der Konsum sind heute vom ökonomischen Prinzip durchdrungen. Man versucht, seinen individuellen Nutzen zu steigern und Kosten möglichst zu vermeiden. Man ist bestrebt, möglichst viel, und das möglichst gut, für möglichst wenig zu bekommen.

In der Epoche des Systemaufbaus war die ökonomische Rationalität einseitig an die Produktion beziehungsweise das Kapital gebunden. Mit dem Übergang zum selbstmodernisierenden Umbau hat sich das ökonomische Prinzip verallgemeinert: Es findet sich auf beiden Seiten der Arbeit und des Konsums genauso. Man kann dies charakterisieren als Aufhebung des klassischen Kapitalismus in einem allgemeinen Ökonomismus. Der Mensch, der sich heute aufmacht, Homo oecologicus zu werden, beginnt diesen Weg als universaler Homo oeconomicus.

Das traditionelle Bürgertum hatte eine doppelte Sexualmoral. Man trug eine idealisierte, häufig heuchlerische Maske der Sexualmoral vor sich her – und dahinter sah es oft trübe aus, weil man nicht offen und öffentlich ein normales Leben führen konnte. Ganz ähnlich tendiert die Sozialbürgerschaft von heute zu einer doppelten Sozialmoral: Man trägt eine häufig moralinsäuerliche Maske des Antiökonomismus und Antiindustrialismus vor sich her, und ist

gleichwohl und ganz unvermeidlicherweise – auch wenn man es leugnet – Teil dieses Systems; ein Teilnehmer, der seinen Teil beiträgt und seinen Teil abbekommt; möglicherweise allerdings auf einigermassen verkorkste Art und Weise, weil man nicht gelernt hat, offen und öffentlich diesen Part zu spielen.

Dies ist gewiss keine linkssektiererische Denunziation. Es geht gerade nicht darum, die Integration der Arbeitnehmer und Konsumenten ins System anzuprangern, sondern daraus eine positive Identität zu gewinnen. Konservative pflegen ein quasi naturwüchsiges usurpatorisches Verhältnis zur Macht zu zeigen. Sozialdemokraten dagegen tun häufig immer noch so, als würden sie da nicht hingehören und als müssten sie sich dafür entschuldigen, wenn sie an Schaltebelen der Macht sitzen. Aber Systemumbau und ökologische Modernisierung sind nur möglich, wenn man am System und an seinem Kapital partizipiert. Es geht darum, die unfreiwillige und nicht verantwortete Kollaboration, der man als Arbeitnehmer und Konsument immer wieder unterliegt, in eine willentliche, ziel- und verantwortungsbewusste Kooperation umzuwandeln.

Damit sollen jederzeit weiterbestehende Konflikte zwischen Kapital und Arbeit keinesfalls verniedlicht werden. Jedoch sind diese Konflikte immer weniger traditionelle Klassenkonflikte. Worum es geht, ist etwa die richtige Aufteilung des Sozialproduktes auf Investitionen und Privateinkommen, es geht um Investitionsprioritäten, um Tarifstufen, überhaupt um die Einkommensverteilung und -umverteilung. Derartige Konflikte kommen heute innerhalb der Institutionen und den einzelnen Beteiligten selbst zum Tragen. Man erlebt es als Beteiligter und Mitbetroffener, dass man

seine Erwerbs- und Berufsinteressen nur verwirklichen kann, wenn auch den Unternehmens- und Betriebsinteressen genüge getan wird und umgekehrt.

Damit hat sich der Klassenantagonismus der Aufbauzeit immer mehr zu einem komplementären Steuerungsprinzip gewandelt, durch das Kapital und Arbeit, Mensch und Industriesystem, nicht mehr nur, und nicht mehr so sehr, einander drängen und drücken, als vielmehr einander stärken und stützen. Die Entwicklungslogik dieses Verhältnisses geht dahin, das Kapital an eine zunehmende Sozial- und Umweltverantwortung zu binden, und umgekehrt, den Arbeitnehmerstatus mit unternehmerischer Mitverantwortung zu verbinden, genauso, wie man auch als Konsument an eine Umweltpflichtigkeit bzw. eine damit zusammenhängende Investitions- oder Zahlungspflichtigkeit gebunden wird.

Es wäre so gesehen von vornherein falsch, wollte man den früheren Antagonismus nun auf die ökologische Frage übertragen, d.h. Mensch und Industriesystem genauso einander gegenüberstellen wie früher die Arbeit gegen das Kapital. Das wäre eine durchsichtige Ideologie, die dazu dient, die Schuld für alle Sorgen dieser Welt der Industrie, dem Staat, der Bürokratie, der Technik oder wem sonst in die Schuhe zu schieben, sich selbst aber von jeder Mitverantwortung zu entlasten – und damit: sich von jeder wirksamen und konstruktiven Teilnahme am Geschehen auszuschließen. Eine Minderheiten-Protestpartei mag sich eine doppelte Sozialmoral vielleicht eine Zeitlang leisten können und so lange den «Systemausstieg bei vollem Lohnausgleich» fordern. Aber für eine mehrheitsfähige Regierungspartei wäre eine doppelte Sozialmoral eine weitere politische Abseitsfalle ersten Ranges. Die Integration der Arbeiter

durch eine demokratische, sozialstaatlich geprägte Arbeitergesellschaft ist das grosse historische Verdienst der Sozialdemokratie. Dafür muss man sich nicht entschuldigen, darauf hat man allen Grund stolz zu sein. Und man wird auch in Zukunft die weiteren sozialen und ökologischen Fragen nicht lösen, wenn man das Kapital, den Staat und die Technik anderen überlässt und damit alles beim alten lässt.

Nun mögen das Worte sein, die die deutsche Sozialdemokratie möglicherweise mehr angehen als die österreichische. Denn dass dieser Staat ihr Staat ist, hat gerade die österreichische Sozialdemokratie in den letzten drei Jahrzehnten über die Massen verinnerlicht. Und nicht nur dieser Staat, auch diese Wirtschaft und Industrie sieht sie über weite Strecken als ihre Wirtschaft und Industrie. Dieser an und für sich eher erfreuliche Sachverhalt scheint allerdings doch zu einigen Fehlentwicklungen geführt zu haben. Aber soweit es hier zu Fehlentwicklungen gekommen ist, rühren diese im Prinzip daher, dass man sich in die Lage manövriert hat, im Rahmen einer traditionellen Kapital-Arbeit-Struktur beide Seiten gleichzeitig zu repräsentieren, ohne dass die betroffenen Arbeitnehmer wirkliche mitunternehmerische Verantwortung tragen würden. Eine solche Lage ist ebenso heroisch wie tragisch. In einer solchen Lage kann es sogar der ansonsten sehr vorbildlichen österreichischen Sozialpartnerschaft passieren, kontraproduktiv zu wirken, nämlich dann, wenn sie unversehens zu einer stillen Kumpanei führt, Probleme und Konflikte nicht auszutragen, sondern immer wieder auf die lange Bank zu schieben. Anstelle eines rechtzeitigen Endes mit begrenztem Schrecken kommt es dann zum Schrecken ohne Ende, der früher oder später

zum dann tatsächlich schrecklichen Ende führen muss.

Gewisse Altindustrien liefern hier gewiss nicht das einzige Beispiel. Mann kann und muss diese Lage auflösen nicht nur durch die weitere Sozial- und Umweltbindung des Kapitals, sondern auch durch die mitunternehmerische Einbindung der Arbeitnehmer und die Mitverantwortung von allen als Konsumenten bzw. Klienten.

Entscheidend bleibt dies: Entsprechend der Tatsache, dass – unter den Bedingungen der sich selbst modernisierenden Moderne – die Verhältnisse von Kapital und Arbeit, von Produktion und Konsum, von Mensch und System Komplementärbeziehungen darstellen, muss auch ein ernsthafter politischer Gestaltungsanspruch jeweils beiden Seiten gelten; und ein solcher Gestaltungsanspruch wird wiederum nur als legitim akzeptiert werden, wenn man sich selbst nicht draussen vor lässt, sondern sich positiv und konstruktiv als zugehörig begreift. Das bedeutet heute, dass man nicht nur im Staat mitregiert und mitverwaltet, sondern dass man auch mitunternehmerische Verantwortung übernimmt und dass man insbesondere auch die Entwicklung von Wissenschaft und Technik initiativ und innovativ mitgestaltet.

Herausforderung 4: Traditionelle Arbeitnehmer und neue Mittelschichten

Der Übergang vom traditionellen Systemaufbau zum selbstmodernisierenden Umbau stellt die Sozialdemokratie vor eine weitere Existenzfrage. Diese lautet, ob weiterhin eine Politik für traditionelle Arbeitnehmerschichten verfolgt wird, oder ob man sich vermehrt den neuen Mittelschichten zuwendet.

Die traditionelle Industrialisierung bedeutet, Bauern und Handwerker durch Arbeiter zu ersetzen. Man nannte das auch

«Bauernlegen». Insofern dieses «Bauernlegen» zum Anschwellen der Arbeitsmassen führte, konnte dies der Sozialdemokratie nur zuträglich sein. Anders nun mit dem Übergang zur Selbstmodernisierung des Industriesystems: An die Stelle von traditionellen Arbeitern und Bürokräften treten zunehmend Fachkräfte neuer Art, vom Techniker bis zum Therapeuten. Der Anteil der Arbeiter an den Beschäftigten geht kontinuierlich zurück. Immer mehr von ihnen fallen dem Niedergang altindustrieller Sektoren – etwa in der Stahl-, Kohle- oder Werftenindustrie – zum Opfer. Ehemaligen Arbeiteraristokraten, wie Schriftsetzern und Druckern, sogar Werkzeugmachern, wird der Boden entzogen. Es eröffnet sich ihnen allerdings zugleich die Chance der Flucht nach vorn, sich zu CNC-Bedienungsfachkräften fortzuqualifizieren. Als solche sind sie mehr Techniker denn Arbeiter, jedenfalls hören sie auf, traditionelle Arbeiter zu sein. Man kann also sagen: Während die traditionelle Industrialisierung mit dem «Bauernlegen» verbunden war, bringt die Selbstmodernisierung des Industriesystems ein «Arbeiterlegen» mit sich. Das «Arbeiterlegen» geschieht zwar nicht über Nacht und nicht erst seit heute. Es ist ein Prozess, der Jahrzehnte dauert, aber ein Prozess, der sich vollzieht – ein unerbittlich nagender Zahn der Zeit an der klassischen Klassenbasis der Sozialdemokratie. Sie könnte deshalb versucht sein, unter dem Vorwand der «sozialen Abfederung» den Wandel eher behindern als befördern. Das würde allerdings den betroffenen Arbeitern und Angestellten auf Dauer nichts nützen, aber um so mehr dazu beitragen, die Sozialdemokratie in die industrietraditionalistische Konservatismusfalle laufen zu lassen.

Gewiss soll und kann die Sozial-

demokratie ihre altindustriellen Arbeitnehmerschichten nicht fallen lassen. Aber es ist eine unabweisliche Konsequenz des «Arbeiterlegens», dass sie sich den neuen Arbeitnehmerschichten vermehrt zuwenden muss. Mit dem Wandel der Sozialdemokratie von der Arbeiter-Klassenpartei zur Arbeitnehmer-Volkspartei wurden schon Schritte in die richtige Richtung gegangen. Weitere Schritte müssen nun folgen.

Der springende Punkt dabei liegt darin, dass die neuen Arbeitnehmerschichten nicht mehr zur Unterschicht gehören. Sie bilden Mittelschichten. Es sind zwar keine «nivellierten Mittelschichten», wie es die neokonservative Ideologie der 50/60er Jahre postulierte,⁵ sondern nach wie vor Schichten auf unterschiedlichem Niveau. Aber gemessen an ihrer Qualifikation, ihrem Einkommen, ihrem Lebensstil und ihrem Selbstverständnis, sind es eben doch Mittelschichten. Besonders der Vergleich mit Entwicklungs- und Schwellenländern macht deutlich, dass die industriell fortgeschrittenen Länder die obere Welt-Mittelschicht bilden. In ihr überwiegen die mittleren und gehobenen Arbeitnehmerschichten. Die Arbeitnehmergesellschaft ist also genauer gesagt eine Arbeitnehmer-Mittelschichtsgesellschaft.

Diese Arbeitnehmer sind mehrheitlich nicht mehr das, was man einmal «kleine Leute» nannte; und eine «Masse» stellen sie erst recht nicht dar. Es handelt sich mehrheitlich vielmehr um qualifizierte, mehr oder weniger gut verdienende Menschen mit einem mehr oder weniger bescheidenen Vermögen und mit gehobenen Ansprüchen an wen oder was auch immer. Diese Menschen leben in differenzierten Milieus und sind als Individuen differenzierte Persönlichkeiten. Auf ihre Besonderheit und Eigenheit legen sie grossen Wert.

Das zu akzeptieren heisst im Grunde gar nichts anderes, als auf dem sozialdemokratischen Weg der Emanzipation der ehemaligen Proletarier zu gleichberechtigten Staatsbürgern und gleichgestellten Wirtschaftsbürgern fortzuschreiten. Die moderne Arbeitnehmerschaft hat das längst erfasst. Der Status eines Arbeitnehmers, der sich zwar geschützt, abgesichert und versorgt weiss, der aber weiterhin überwiegend unselbständig-weisungsgebunden handelt und der bei der Arbeit und für die eigene Lebensplanung wenig Verantwortung trägt, bedeutet heute keinen Emanzipationsgewinn mehr. Ein solches Arbeitnehmerbild, auch wenn es mit der heutigen Realität vieler Arbeitnehmer noch übereinstimmt, ist unattraktiv geworden, einfach deshalb, weil einen nicht das weiterbringt, was einem selbstverständlich geworden ist, sondern das, was einem weitere Lebens- und Entwicklungsperspektiven erschliesst. Die Sozialdemokratie hat ja frühere Arbeitergenerationen nicht deshalb gewonnen, weil sie ihnen etwa nahegelegt hätte, rechtlose und ausgebeutete Proletarier zu bleiben, sondern deshalb, weil sie ihnen eine allgemeine Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen, einen kollektiven Aufstieg in Aussicht stellen konnte.

Das neue Leitbild mit den erweiterten Emanzipationsaussichten geht heute dahin, ein kompetenter und selbstbewusster Mitarbeiter zu sein, der seine Arbeit ebenso wie sein Leben weitgehend selbst gestaltet, der bei der Arbeit ein hohes Mass an Mitverantwortung trägt und damit ein hohes Einkommen erzielt, über dessen Verwendung und seine Zeit er erheblich souveräner und flexibler als heute entscheiden kann. Diese neue Emanzipationsstufe fordert nicht unselbständige Lohnempfänger, denen Vater Staat (zu-

sammen mit einer paternalistischen Unternehmerschaft und dem grösseren Bruder in der Gewerkschaft) alle Entscheidungen abnimmt. Gefordert ist eine mündigere Mitarbeiterschaft, schliesslich die Mitarbeiter als Mitunternehmer, kurzum ein Persönlichkeitstyp, der zwar dem verbindlichen Rahmen einer sozialpartnerschaftlich organisierten Solidarität selbstverständlich niemals entraten kann, der in diesem Rahmen jedoch seinen Berufs- und Lebensweg weitgehend selbst verantwortet.

Eine bedarfsgerechte Wirtschaft ist eine nachfragegelenkte Wirtschaft, und eine nachfragegelenkte Wirtschaft ist um so menschengerechter, je mehr die Menschen ihre Nachfrage im einzelnen selbst bestimmen und aus ihrem höheren verfügbaren Einkommen auch selbst bezahlen können. Diese neue Emanzipationsstufe nicht anzustreben, würde nichts anderes bedeuten, als das Werk der Befreiung der Arbeit auf halbem Wege abubrechen und traditionelle Unmündigkeits- und Lohnabhängigkeitsverhältnisse zu zementieren. Es bedeutet, sich in die Widersprüche einer doppelten Sozialmoral und damit die Wirtschaft und den Sozialstaat in schier unlösbare Probleme zu verstricken.

Soviel ist gewiss: Eine sozialdemokratische Politik, die auf Mehrheits- und Regierungsfähigkeit abzielt, kann im Zeichen des Umbaus keine herkömmliche Kleine-Leute-Politik mehr sein, die sich an der nicht mehr vorhandenen Misere längst vergangener Jahrzehnte orientiert. Dies gilt erstens im Hinblick auf die erreichbare Wählerschaft, denn breite Arbeitnehmer-Mittelschichten fühlen sich als Adressaten einer Kleine-Leute-Politik nicht bzw. nicht mehr angesprochen. Es gilt zweitens im Hinblick auf die praktische Politik selbst, denn mit der Tat-

sache der Arbeitnehmer-Mittelschichtsgesellschaft verändern sich die allgemeinen Geschäftsgrundlagen, auch und gerade in der Arbeitswelt und im Sozialstaat.

Herausforderung 5: Arbeitnehmerwohlstand und neue Armut

Peter Glotz stellte einmal fest, die Sozialdemokratie dürfe keine Partei der Schwachen, sondern müsse «eine Partei der Starken sein, die das Herunterdrücken der Schwachen verhindert».⁶ Damit wird ein neuralgischer Punkt angesprochen. Denn das Entstehen der Arbeitnehmer-Mittelschichtsgesellschaft bedeutet das Entstehen einer Art von Klassengegensatz innerhalb der Arbeitnehmerschaft selbst. Für die meisten Arbeitnehmer bedeutet ihr sozialer Besitzstand Wohlstand. Eine Minderheit von 5 bis höchstens 15 Prozent findet sich dagegen unversehens in einer neuen Armut und Randständigkeit wieder.

Zwischen dem Wohlstand der meisten und der neuen Armut von wenigen besteht ein handgreiflicher Zusammenhang. Ihn zu leugnen gehört zur doppelten Sozialmoral. Der Zusammenhang lautet, dass unter den Bedingungen der grossen Wirtschaftsstagnation der siebziger und achtziger Jahre (schrumpfende Zuwächse; Diktat der knappen Kassen) die breite Mehrheit der Arbeitnehmer ihren Beschäftigungs- und Besitzstand nur auf Kosten jener Minderheit von neuen Dauerarbeitslosen und neu Verarmenden hat bewahren und manchmal sogar noch vermehren können. Die sogenannte Zwei-Drittel-Gesellschaft ist in Wirklichkeit zwar nur eine Neun-Zehntel-Gesellschaft. Aber ihre Ursachen liegen nicht nur in den Interessen des Kapitals, sondern ebenso in den Besitzstandsinteressen der Arbeitnehmerschaft.

Wenn die Sozialdemokratie eine doppelte Sozialmoral vor-schützt und diesen Zusammen-hang leugnet, verliert sie ihre Glaubwürdigkeit. Wenn sie eine Politik der Besitzstandswah-rung zugunsten der Arbeitneh-mer-Mittelschichten auf Kosten der neuen Randschichten be-treibt, verliert sie ihr Gesicht. Und wenn sie eine dezidierte Kleine-Leute-Politik betreibt, verliert sie ihre Mittelschichts-wähler und ihre Mehrheitsfähig-keit.

Herausforderung 6:

Zwischen zwei Kulturen.

Technik- und Wirtschaftsberufe kontra Sozial- und Kulturberufe

Komplizierend kommt hinzu, dass sich die moderne Arbeit-nehmerschaft auch bei gleich-wertigem Status erheblich aus-einanderdifferenziert. Das gilt vor allem für die zunehmende Kluft zwischen den Milieus der Technik-, Wirtschafts- und Ver-waltungsberufe auf der einen Seite und den Milieus der Sozial- und Kulturberufe auf der ande-ren. Man hat diese Auseinander-differenzierung in den sechziger Jahren schon einmal als These von den «zwei Kulturen» disku-tiert.⁷ Man sah das damals nur im Sinne einer kulturellen Diffe-renz zwischen natur- und gei-steswissenschaftlichen Elitebe-rufen, etwa zwischen Ingenieu-ren und Literaten. Man sah noch nicht, dass es sich in Wirk-lichkeit um eine Gliederung der gesamten Sozialstruktur han-delt. Sie umfasst immer breitere Berufsschichten mit teilweise ganz verschiedenen wirtschaftli-chen und politischen Interessen. Ein Energietechniker sieht die Welt mit anderen Augen als ein Sozialarbeiter, ein Kaufmann anders als ein Lehrer, eine Büro-kraft anders als ein Künstler. Der Hauptunterschied dürfte in die Richtung gehen, dass Tech-nik-, Verwaltungs- und Wirt-schaftsberufe für betriebliche Belange und für Erfordernisse

des Marktes und der Wirtschaft eher grösseres Verständnis auf-bringen, während die Sozial- und Kulturberufe dafür eher we-niger Verständnis zeigen. Umge-kehrt zeigen die Technik- und Wirtschaftsberufe wenig Enthu-siasmus für die Staatsquote und den Sozialstaat, während die So-zial- und Kulturberufe (die i.a.R. von Steuern und vom So-zialstaat leben) buchstäblich am Sozialstaat hängen und oft gar nicht verstehen mögen, welchen Sinn es haben könnte, ausser Kindergärten, Schulen oder Krankenhäusern auch noch Sa-telliten- und Glasfasernetze zu errichten.

Die deutschen Grünen sind in diesem Sinne eine neue Art von Klassenpartei: Ihre Mitglieder und Wähler kommen fast aus-schliesslich aus den neuen so-zial- und kulturberuflichen Mit-telschichten. Kaufleute und Techniker bilden die Ausnahme von der Regel. Arbeiter gibt es ebenso wenig. Dafür jede Menge Sozialarbeiter und Lehrer.

Auch die deutsche Sozialdemo-kratie könnte sich durchaus in der Gefahr befinden, in sinnge-mässer Weise wieder eine Klassen- und damit Minderhei-tenpartei zu werden. Denn wäh-rend sich die traditionellen Ar-beiterschichten ausdünnen, fühlt sich die Mehrzahl der neu-en technik- und wirtschaftsbe-ruflichen Mittelschichten bei den Christdemokraten und Li-beralen offenbar besser aufge-hoben.⁸

Es braucht wohl nicht betont zu werden, dass mangelnde Reso-nanz bei den neuen technik- und wirtschaftsberuflichen Mittel-schichten für die Sozialdemo-kratie nicht minder fatal ist als das «Arbeiterlegen». Als blosse «Partei des öffentlichen Dien-stes» hätte die Sozialdemokratie keine sonderlich rosigen Zeiten vor sich.

Herausforderung 7:

Arbeitswelt und Lebenswelt.

Klassenfragen versus Geschlechter- und Generationenfragen

Eine weitere existentielle Verän-derung für die Sozialdemokratie besteht schliesslich darin, dass sie eine «Partei der Arbeit» ist, der Stellenwert der Arbeit im Leben sich aber erheblich relati-viert hat. In der Zeit des traditio-nellen Systemaufbaus drehte sich so gut wie alles um die Ar-beit, die Arbeitsbedingungen, das Arbeitseinkommen usw. Auch der Sozialstaat wurde fast vollkommen um die Arbeit her-um konstruiert. Unterdessen ist die Sozialdemokratie im Verein mit den Gewerkschaften so er-folgreich gewesen, z.B. die Ar-beitszeiten erheblich zu kürzen – mit der Folge, dass die Nicht-Arbeitszeit und Nicht-Erwerbstä-tigkeit ein immer grösseres Ge-wicht bekommen. Es gibt heute schon mehr Rentner als Arbei-ter, und die Zahl der nicht-erwerbstätigen Jugendlichen, Frauen, Alten und Arbeitslosen übersteigt jederzeit die Zahl der Erwerbstätigen.

Ein derzeit verbreiteter Kurz-schluss aus dieser Sachlage lau-tet, die Arbeitsgesellschaft gehe zu Ende. Es ist hier nicht der Platz, dazu Näheres auszufüh-ren, aber die These vom Ende der Arbeitsgesellschaft ist Un-fug. Die moderne Gesellschaft bleibt strukturnotwendig eine Erwerbs- und Arbeitsgesell-schaft. Auch wenn die Arbeits-zeiten kürzer werden, wird der Beruf bzw. berufliche Werde-gang mehr denn je zum zentra-len gestaltgebenden Dreh- und Angelpunkt unseres Lebenswe-ges.

Dies begünstigt wiederum die weitere Auflösung traditioneller Lebenszusammenhänge. Zwar bleibt auch die moderne Familie eine Lebensgemeinschaft, in der man füreinander da ist und für-einander einsteht. Aber es ist ei-ne Gemeinschaft von Indivi-

duen, die zunehmende Eigenständigkeit (wenn auch nicht immer gleich Eigenverantwortlichkeit) beanspruchen. Ihre Gemeinschaft ist keine bedingungslose mehr, sondern an verhandelbare Bedingungen geknüpft. Es ist eine Gemeinschaft auf Widerruf, eine Gemeinschaft auf Zeit.

Bevor man dies beklagt, sollte man sich vergegenwärtigen, dass es für die beteiligten Menschen ein hohes Mass an persönlicher Freiheit und Emanzipation bedeutet. Ob dieses Mass nicht ein zu hohes, ein gewissermassen übermenschliches Mass sei, ist gewiss eine legitime Frage. Aber man sollte wissen, was man will und was einem im Zweifelsfall wichtiger ist: eine Gemeinschaft mit traditionellen Abhängigkeiten, insbesondere für Frauen, Junge und Alte, oder ein freier Zusammenschluss emanzipierter Persönlichkeiten. Gerade in dieser Frage gilt es, eine soziale Doppel-moral zu vermeiden. Falls man hier gewisse konservative und romantizistische Neigungen verspürt, ist es besser, man ist sich ihrer bewusst, als dass man sie verdrängt. Man findet auch leichter heraus, warum man von wem gewählt beziehungsweise nicht gewählt wird.

Die Emanzipation der Menschen auch im Familienleben folgt einer sehr langfristigen und eher langsamen, aber auch stetigen und wenig beirraren Entwicklungsbahn. Ihre Folgen sind zur Zeit des traditionellen Systemaufbaus zwar schon spürbar gewesen, werden aber erst jetzt, mit dem selbstmodernisierenden Umbau, wirklich virulent. Erstens wird endgültig die traditionelle Arbeitsteilung zwischen Mann und Frau aufgelöst; zweitens löst sich das quasi naturwüchsige Familienband zwischen Jung und Alt. Die Geschlechterfrage und die Generationenfrage gewinnen eine Bedeutung, die den alten und neu-

en Klassenfragen in nichts nachsteht. Die Fragen der Arbeitswelt werden nicht weniger wichtig; aber Fragen der Lebenswelt werden immer wichtiger.⁹

Die sozio-ökonomische Gleichstellung der Frauen wird u. a. dazu führen, den Arbeitsplatzkuchen zwischen Männern und Frauen mittleren Alters neu aufzuteilen, was zunächst nur zu Lasten der Jungen und Alten beiderlei Geschlechts möglich ist. Die Jungen treten immer später (und spätpubertärer) ins Erwachsenenleben ein; die Alten scheiden immer früher (und frühvergreister) aus dem beruflichen und öffentlichen Leben aus. Das wiederum führt dazu, dass die Erfüllung des Generationenvertrages immer schwieriger, tendenziell unmöglich wird. Die ganze Herausforderung geht tatsächlich so weit, nicht nur die Frauen, sondern auch die Jungen und Alten wieder stärker ins berufliche und öffentliche Leben zu integrieren, umgekehrt auch den Erwerbstätigen, insbesondere den Männern, wieder eine durchaus tragende Rolle in Familie, Haushalt und der Pflege menschlicher Beziehungen zuzuweisen.

Die Geschlechterfrage und die Generationenfrage sind die eigentlichen neuen sozialen Fragen. Man darf es nicht so weit kommen lassen, dass sie in einen selbstzerstörerischen Geschlechter- und Generationenkampf ausarten. Die Antwort auf die Klassenfrage war die Sozialpartnerschaft. Auch bei den neuen sozialen Fragen liegt die Chance in einer erweiterten sozialpartnerschaftlich organisierten Solidarität zwischen den Geschlechtern und Generationen.

Kein Aufgeben der Grundsätze und Grundideen

Die moderne Gesellschaft entwickelt sich, indem sie alte Probleme löst und damit neue schafft, die sie wieder lösen muss, womit sie wieder neue

schafft usw. Das ist das Prinzip des technischen Fortschritts ebenso wie des sozialen. Es ist damit auch das Schicksal der Sozialdemokratie. Sie hat alle sozialen Fragen beantwortet, indem sie entscheidend beigetragen hat zum Systemaufbau und zur Modernisierung, zum Aufstieg der Arbeitnehmer-Mittelschichtsgesellschaft und zur beruflichen und persönlichen Emanzipation der Arbeitnehmer. Eben diese Erfolge haben zu neuen sozialen und Systemfragen geführt. Es gibt für die Sozialdemokratie wohl kaum einen anderen Weg, als den neuen Herausforderungen wiederum auf sozialdemokratische Weise zu begegnen. Das Umdenken, das die historische Situation der Sozialdemokratie abverlangt, bedeutet nicht, ihre Grundideen und Grundwerte aufzugeben, sondern sich ihrer zu vergewissern und sie auf die veränderte Situation neu anzuwenden.

Anmerkungen:

1 Bei U. Beck «Die Risikogesellschaft», Frankfurt 1986, S. 14, u. a. als Unterschied von «einfacher und reflexiver Modernisierung» dargestellt. In meinem Buch «Die Regenbogengesellschaft», Ökologie und Sozialpolitik, Frankfurt 1985, als «Übergang vom ökonomischen Aufbau zum sozialökologischen Umbau».

2 R. Dahrendorf, «Die Chancen der Krise». Über die Zukunft des Liberalismus, Stuttgart 1983.

3 «Süddeutsche Zeitung», 16.12.1983, S. 3.

4 R. Münch, «Die Kultur der Moderne», Frankfurt 1986, S. 847 u. 858.

5 Angesprochen ist hier die These der nivellierten Mittelstandsgesellschaft in der Formulierung von Helmut Schelsky.

6 P. Glotz, «Die Arbeit der Zuspitzung», Berlin 1984, S. 191.

7 C.P. Snow, «Die zwei Kulturen». Literarische und naturwissenschaftliche Intelligenz, Stuttgart 1967.

8 Sinngemäss gleiche Feststellungen wurden in der sogenannten «Milieustudie» (Planungsdaten für die Mehrheitsfähigkeit der SPD, SPD-Vorstand, Bonn, August 1984) getroffen. Es dürfte sich so verhalten, dass die dort so genannten «Aufstiegsorientierten» und «Technokratisch-Liberalen» stark mit Technik-, Wirtschafts- und Verwaltungsberufen, die «Hedonisten» und «Alternativ-Linken»

mehr mit Sozial- und Kulturberufen korrelieren.
9 E. Matzner umschreibt diese Neuorientierung als «Demokratisierung des Alltagslebens» (Zu den wissenschaftlichen

Grundlagen des neuen Parteiprogramms der SPÖ, in Götschl/Klauser (Hrsg.), «Der sozialdemokratische Intellektuelle», Literas-Verlag, Wien 1982, S. 59). Dort wird auch schon sehr prägnant die

Neubewertung des technischen Fortschritts und die Kritik am «Sozialietismus» herausgestellt.

50 Jahre Friedensabkommen in der Maschinen- und Metallindustrie

Ein Ausdruck der politischen Kultur

Jubiläumsansprache von Fritz Reimann, SMUV-Präsident

Im September fand in Zürich der gemeinsame Festakt des Arbeitgeberverbandes der Schweizerischen Maschinen- und Metallindustrie (ASM) und der Gewerkschaften Schweizerischer Metall- und Uhrenarbeitnehmerverband (SMUV), des Christlichen Metallarbeiter-Verbandes der Schweiz (CMV) und des Landesverbandes Freier Schweizer Arbeitnehmer (LFSA) statt. Aus den Referaten anlässlich dieser Feier hat der «Partnerschaftsfonds der Maschinen- und Metallindustrie» die Broschüre «Vertragspolitik und Arbeitsfriede» herausgegeben. Wir publizieren daraus die Ansprache von Fritz Reimann, SMUV-Präsident und Präsident des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes. Wir lassen dem Text einen Lesebrief folgen, den wir auf den Artikel «Die Entwaffnung der Arbeiterschaft» (Rote Revue 9/1987) erhalten haben.

Es gibt nichts Neues unter der Sonne. Wir haben seit diesem Frühjahr in Zeitungen, Medien, an öffentlichen Veranstaltungen und vielen persönlichen Gesprächen einer weitgespannten Debatte über den Sinn und den Zweck des Vertragswerkes beiwohnen können, dessen erstmaliger Unterzeichnung am 19. Juli 1937 wir heute festlich gedenken. Wir tun es gemeinsam unter Vertragspartnern. Und in der derzeitigen Debatte

gingen, wie damals am Vorabend des Zweiten Weltkrieges, die Meinungen über diese Vereinbarung zwischen Gewerkschaften und Arbeitgebern in der schweizerischen Maschinen- und Metallindustrie weit auseinander.

Die Frage stellt sich heute allerdings, ob alles, was 1987 an Kritischem geschrieben worden ist, auch wirklich zur Klärung beigetragen hat. Es war in manchen Verlautbarungen immer wieder die Rede davon, dass das Friedensabkommen ein Mythos sei, der, bei Licht betrachtet, also im Wortsinne «aufgeklärt», sich als etwas Überholtes und für die grosse Zahl der Arbeitnehmer Schädliches erweise. Solche Vorwürfe erfordern wohl gerade deshalb eine Antwort, weil sie nicht zuletzt aus Kreisen kommen, die sich selber als der Gewerkschaftsbewegung nahestehend oder sogar zugehörig bezeichnen.

Zunächst liegt mir daran, hier festzuhalten, was bei anderer Gelegenheit oft gesagt wurde, aber bislang noch immer nicht ausreichend zur Kenntnis genommen wird: Für den SMUV hat sich die Vereinbarung als ein im grossen und ganzen wertvolles Instrument erwiesen, die Interessen der Mitglieder sowohl in Zeiten der Hochkonjunktur wie der wirtschaftlichen Krise und Notsituation wahrzunehmen, zu verteidigen und in un-

zähligen Fällen zu Lösungen zu verhelfen, die im Interesse der Lohnabhängigen standen. Das Instrument dafür ist das differenzierte und abgestufte Konfliktregelungsverfahren. Diesem Schlüsselteil des Vertragswerkes haben sich seltsamerweise nur wenige zugewandt, die ihre Feder unserem Gegenstand geliehen haben. Dabei ist er das Gegenstück zur Friedenspflicht. *Der Gedanke der Koppelung von Verhandlungspflicht und Friedenspflicht ist das Ergebnis der schmerzlichen Lehren, die die schweizerische Arbeiterschaft im Machtkampf – im sehr ungleichen Machtkampf – des Generalstreiks von 1918 gezogen hat.*

Ich halte es an dieser Stelle für bedeutsam, das Urteil eines politischen Arbeiterführers aus dem Jahre 1947 über den Begründer des Friedensabkommens, Konrad Ilg, hier zu zitieren. Der Führer jenes Generalstreiks, Robert Grimm, hat seinem Weggefährten zum siebzigsten Geburtstag im Januar 1947 unter anderem mit folgenden Worten gratuliert und damit seine Verdienste über alle Differenzen hinweg hervorgehoben: «Die Jahrzehnte begleiten ihn, und Konrad Ilg begleitet sie durch eine Periode unerhörter ökonomischer und gesellschaftlicher Entwicklung und der in eine verhältnismässig kurze Zeitspanne gepressten politischen und so-